

Zu der entbrannten Diskussion zur Absicht der Treuhand-Nachfolgerin, die Bodenverwertungs- und Verwaltungs GmbH (BVVG), erklärte die Vorsitzende des kommunalpolitischen forums Land Brandenburg e.V. und Mitglied des Landtages Brandenburg, Margitta Mächtig:

Es muss Schluss sein mit der Bereicherung des Bundes und seiner BVVG, an Grund und Boden des Volksvermögens der DDR. Statt weiter vom Ausverkauf des Ostens zu profitieren, soll die BVVG endlich die noch nicht zugeordneten Seen und Wälder endlich den Kommunen zuordnen und zwar unentgeltlich.

Niemand, auch nicht die BVVG hat das Recht, 20 Jahre nach der Deutschen Einheit eine weitere Privatisierung des ehemaligen Volksvermögens zu Schleuderpreisen ohne Rücksicht auf die Entwicklungen in den Kommunen vorzunehmen.

Das Beispiel des Wandlitzsees im Barnim (Brandenburg) zeigt, es geht bei diesen Privatisierungen ausschließlich um Geldmacherei, egal ob zu Lasten der Anlieger oder der Kommunen.

Es wird Zeit, dass die Landesregierung Brandenburg hier eine klare Forderung gegenüber dem Bund aufmacht, um Kommunen und Anlieger zu schützen.

Margitta Mächtig, 21. Juli 2009